

Landesversammlung 2020

Antrag Nr.:	4
Antragsteller:	Landesvorstand
Headline:	Erklärung zum „Rettungsschirm“
Auswirkungen auf den Haushalt:	keine

Wortlaut der Erklärung:

Die Landesversammlung des FVDZ in Mecklenburg-Vorpommern begrüßt das eindeutige und ablehnende Votum der Vertreterversammlung der KZV-MV zum sogenannten Rettungsschirm der Bundesregierung für die Zahnärzteschaft.

Die durch die VV beschlossene Erhöhung des Sicherheitseinbehaltes auf 5% zur Unterstützung der durch die Pandemie in Not geratenen Praxen ist ein starkes Zeichen für die Einheit des Berufsstandes.

Begründung:

Nach dem Hin und Her des Zustandekommens des "Rettungsschirms für Zahnärzte" wurde sehr schnell klar, dass es sich bei dem vorgestellten Instrument keineswegs um einen Rettungsschirm, bestenfalls lediglich um einen Kredit handelt. Bei genauem Hinsehen ist in den "Ungleichbehandlungsschirm" sogar noch eine Steuerfalle eingebaut, sind doch die durch die KZV ausgezahlten Summen steuerlich voll relevant.

Die von der Bundesregierung allein im Regen stehen gelassenen Zahnärzte und Zahnärztinnen in MV entwickelten Mut zur Selbsthilfe, dies klappte bemerkenswert rasch und unkompliziert. Damit ist die Solidarität innerhalb des Berufsstandes die Gewinnerin dieses verkorksten Rettungsversuchs.

Beschluss: angenommen